

"Ist Slowenien ein armes oder ein reiches Land ?" in Frankfurter Allgemeine Zeitung
(11. Juli 2001)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 11.07.2001. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"ist_slowenien_ein_armes_oder_ein_reiches_land_"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_11_juli_2001-de-0faa9f3e-0da3-42da-961d-8fff6cb63aaf.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Ist Slowenien ein armes oder ein reiches Land ?

Wahrscheinlich gleich nach EU-Beitritt Nettozahler / Unmut über Übergangsfristen / Von Carola Kaps

LJUBLJANA, 10. Juli. Während Ungarn zähneknirschend der Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer durch die Europäische Union (EU) gebeugt hat und Übergangsfristen von fünf bis sieben Jahre nach dem Beitritt akzeptiert hat, will sich die slowenische Regierung bisher den Forderungen der EU nicht beugen. Das Kapitel „Freizügigkeit für Arbeitnehmer“ ist daher bisher offen geblieben und wartet auf einen Kompromiß. Der Unmut über die Übergangsfristen, in als völlig ungerechtfertigt und unfair empfunden werden, sitzt so tief, daß Ljubljana deshalb sogar seinen Spitzenplatz unter den Beitrittskandidaten geopfert und an Ungarn und Zypern abgetreten hat. Beide haben bis zum Ende der schwedischen Präsidentschaft am 30. Juni 22 der insgesamt 31 Kapitel vorläufig abgeschlossen, während sich Slowenien mit 20 Kapiteln nunmehr mit dem dritten Platz begnügen muß.

Für Slowenien steht dabei einiges auf dem Spiel. Wie Ministerpräsident Janez Drnovšek unlängst während des Weltwirtschaftsforums in Salzburg erläuterte, läuft Slowenien Gefahr, im Jahr 2004 sofort als Nettozahler in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Denn Slowenien ist mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 14.000 Dollar im Jahr (auf Kaufkraftbasis berechnet) bei weitem das reichste Land unter den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten. Ungarn steht mit etwa 10 000 Dollar deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Der Abstand Sloweniens zum derzeitigen Durchschnittseinkommen in den 15 Mitgliedstaaten der EU ist zwar noch immer beträchtlich; da aber mit der Ost-Erweiterung das EU-Durchschnittseinkommen erheblich sinken wird, wird Slowenien wahrscheinlich sofort zum „Club der Reichen“ gehören, die in das Gemeinschaftsbudget mehr einzahlen als sie aus der gemeinschaftlichen Kasse erhalten.

Nicht nur Ministerpräsident Drnovšek hält es für inakzeptabel, daß Slowenien einerseits als reiches Land zur Kasse gebeten, andererseits aber in einen Topf mit der armen Verwandtschaft geworfen werden soll, vor der man aus Angst vor einem Zustrom billiger Arbeitskräfte die Grenzen vorübergehend schließt. Auch der slowenische Chefunterhändler für die EU-Erweiterung Janez Potočnik, spricht von unerträglichen Widersprüchen in der Behandlung Sloweniens. „Im Gegensatz zu anderen Kandidatenländern, die heute Übergangsfristen für den Verkauf ihres Grund und Bodens verlangen, mußten wir uns schon im EU-Vertrag zur völligen Liberalisierung unseres Immobilienmarktes im Jahre 2003 verpflichten“, sagt Potočnik. Die EU habe Slowenien damals wie ein „reiches Land“ behandelt. In der Frage der Freizügigkeit werde es aber bedenkenlos in die Kategorie der „armen Länder“ eingereiht. Nicht nur widerspreche die EU damit dem prinzipiellen Grundsatz der Differenzierung, der den EU-Erweiterungsverhandlungen zugrunde liege; auch die volkswirtschaftlichen Daten Sloweniens rechtfertigten ein derartiges Vorgehen nicht. Das Wachstum sei hoch, die Arbeitslosigkeit niedrig, soziale Notstände gebe es nicht, außerdem seien die Slowenen für ihre Heimatliebe und ihre Immobilität bekannt. Von Slowenien drohe den Arbeitsmärkten in Deutschland oder Österreich überhaupt keine Gefahr; schon heute gebe es überdies mehr Arbeitnehmer aus der EU in Slowenien als Slowenen in der EU, sagt Potočnik.

Aus diesen Gründen will Slowenien die Fristenregelung nur im Austausch gegen ein Entgegenkommen der EU auf anderem Gebiet akzeptieren. Wie dieser Kompromiß letztlich aussehen könnte, will Potočnik zwar aus verhandlungstaktischen Gründen nicht preisgeben. Es liegt allerdings auf der Hand, wo die Interessen Sloweniens liegen. Das Land will eine verbindliche Zusicherung, daß es auf absehbare Zeit kein Nettozahler sein kann; weiterhin besteht es darauf, daß die Ziele seine Landwirtschaftspolitik im Rahmen der bevorstehenden Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik (CAP) respektiert werden, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt der Reform der CAP. Auch wenn Slowenien, was die Wertschöpfung (knapp 4 Prozent) und die Beschäftigung (6 Prozent der Erwerbsbevölkerung) in der Landwirtschaft betrifft, schon jetzt europäische Verhältnisse aufzeigen kann, fürchten die Unterhändler um das Überleben der Kleinbauern und ihrer vornehmlich auf ökologischen Anbau ausgerichtete Produktion. Außerdem sehen sie eine Gefährdung der Bergbauern, die zu Pflege und Erhaltung der slowenischen Alpenlandschaft beitragen.

Mit großer Sorge sieht Slowenien schließlich auch den Verhandlungen über die Regionalpolitik entgegen.

Auch auf diesem Gebiet erwartet es Entgegenkommen der EU als Kompensation für eine mögliche Zustimmung zu Übergangsfristen bei der Freizügigkeit. Schwierig werden diese Verhandlungen deshalb, weil es in Slowenien im Gegensatz zu der in der EU üblichen regionalen Aufgliederung neben dem Zentralstaat nur rund 200 Gemeinden, aber keine anderen regionalen staatlichen Institutionen gibt. Es gilt also eine regionale Struktur zu finden, die beiden Seiten gerecht wird, den EU Richtlinien entspricht und damit Slowenien auch den Weg zu den Strukturfonds ebnet. „Wir sind bereit, alle Pflichten zu erfüllen, wir wollen aber gleichberechtigt behandelt werden und auch alle Rechte wahrnehmen können“, sagt Potočnik unter Hinweis auf die Wohlstandsgefälle, die es auch in Slowenien zwischen den einzelnen Regionen gibt. Slowenien könne daher mit Recht zwischen ein und zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts als Transferzahlungen aus den europäischen Strukturfonds erwarten, heißt es auch in der slowenischen Notenbank.

Die weiteren Verhandlungen mit der EU würden zwar hart werden, sagt Potočnik. Krisenpotential sieht er aber weniger in dem Verhältnis zwischen der EU und den Kandidatenländern als innerhalb der EU selbst. In den kommenden 18 Monaten müsse die EU einige harte Nüsse knacken, da die Frage der Reform der Landwirtschaftspolitik, der Regionalfonds sowie der zeitliche Rahmen für die Osterweiterung sowie über die Anzahl der Beitrittskandidaten entschieden werden müsse. Natürlich dränge sich die Frage auf, ob die EU „aufnahmebereit“ sei, sagt Potočnik. Er zweifelt allerdings nicht an dem festen politischen Willen der EU, die Osterweiterung zu vollenden. Die historische Aufgabe sei einfach zu groß, das Bewußtsein zu tief verwurzelt, daß es um mehr gehe als Landwirtschaftspolitik oder Regionalfonds. Die Stabilität und der Friede in einem geeinten Europa seien zu wichtig, als daß sie wegen kleinlicher Streitereien über Geld geopfert würden, sagt Potočnik.